



# Pressespiegel

Ausgabe: 18.03.2016



## **Mehr Geld für Gebäudereiniger und Fensterputzer**

Reinigungskräfte in Duisburg bekommen einen höheren Mindestlohn: Wer in der Gebäudereinigung arbeitet, muss einen Stundenlohn von mindestens 9,80 Euro bekommen. Ab diesem Monat gibt es damit für das Putzen von Büros, Supermärkten oder Wohnungen 25 Cent mehr pro Stunde. Der tarifliche Mindestlohn ist allgemeinverbindlich – das heißt, alle Betriebe müssen ihn bezahlen. Darauf weist die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU Duisburg-Niederrhein hin.

Auch der Mindestlohn für die Außen-Reinigung von Glas und Fassaden steigt: Fensterputzer dürfen nicht weniger als 12,98 Euro pro Stunde verdienen, so die Gewerkschaft, die das Lohn-Plus bei den letzten Tarifverhandlungen durchgesetzt hat.

„Es lohnt sich, genau darauf zu achten, ob auch tatsächlich mehr Geld auf der nächsten Lohnabrechnung steht“, rät IG BAU-Bezirkschef Friedhelm Bierkant.

WAZ DU



## Lohn-Limit für 11320 Reinigungskräfte: Minimum 9,80 Euro pro Stunde in Duisburg und am Niederrhein



Damit es keine „Lohn-Ausrutscher nach unten“ in der Gebäudereinigung gibt: Reinigungskräfte sollen darauf achten, dass sie mindestens 9,80 Euro pro Stunde verdienen. Denn das ist der neue Mindestlohn, der ab diesem Monat für die Branche gilt. Die IG BAU ruft alle Beschäftigten dazu auf, die nächste Lohnabrechnung genau zu kontrollieren. (Foto: IG BAU)

### Ab März: Höherer Mindestlohn in der Gebäudereinigung

Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein bekommen einen höheren Mindestlohn: Wer in der Gebäudereinigung arbeitet, muss einen Stundenlohn von mindestens 9,80 Euro bekommen. Ab diesem Monat gibt es damit für das Putzen von Büros, Supermärkten oder Wohnungen 25 Cent mehr pro Stunde. Der tarifliche Mindestlohn ist allgemeinverbindlich – das heißt, alle Betriebe müssen ihn bezahlen. Darauf hat die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU Duisburg-Niederrhein hingewiesen.

Auch der Mindestlohn für die Außen-Reinigung von Glas und Fassaden steigt: Fensterputzer dürfen nicht weniger als 12,98 Euro pro Stunde verdienen, so die Gewerkschaft, die das Lohn-Plus bei den letzten Tarifverhandlungen durchgesetzt hat. „Es lohnt sich, genau darauf zu achten, ob auch tatsächlich mehr Geld auf der nächsten Lohnabrechnung steht“, sagt IG BAU-Bezirkschef Friedhelm Bierkant. In Duisburg und am Niederrhein sind nach aktuellen Angaben der Arbeitsagentur rund 11320 Menschen in der Gebäudereinigung beschäftigt.



## IG BAU-Bundesvorstandsmitglied in UNI Europe-Vorstand gewählt



Ulrike Laux Bundesvorstand IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Frankfurt am Main, 17.03.2016

Mit der Wahl eines neuen Vorstands ist gestern Abend in Rom die **Konferenz des Verbunds europäischer Dienstleistungsgewerkschaften UNI Europa** zu Ende gegangen. Für die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU wurde IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux in den Vorstand von UNI Europe gewählt.

„Das Soziale und Menschliche ist in Europa immer weniger zu spüren. Eine Politik nur für die Märkte, gegen Beschäftigte und Gewerkschaften schwächt den Zusammenhalt und lässt innereuropäische Konflikte wieder denkbar werden. Wir werden nicht zulassen, dass es soweit kommt“, sagte Ulrike Laux. „Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte, wir lassen uns diese nicht nehmen.“

Die dreitägige Konferenz der **UNI Europa** stand unter dem Motto „Gemeinsam Europa verändern“. Die Vertreter von 272 Gewerkschaften aus 50 Nationen tauschten ihre Erfahrungen aus und legten die Agenda für die kommenden vier Jahre fest. Dabei lag der Fokus auf den drei Schwerpunkten: ‚Europa durch wachsende Gewerkschaften verändern‘; ‚Europa durch die Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaft verändern‘ und ‚Europa durch mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze verändern‘.

Ein Bündnis von Dienstleistungsgewerkschaften hat so beispielsweise eine gemeinsame Strategie vereinbart, um gegen die zunehmend gewerkschaftsschädigende Gesetzgebung in Europa anzugehen. Dabei soll der Aufbau einer breiten politischen Koalition zur Stärkung von Gewerkschaftsrechten unterstützt werden. Zuletzt hatte Großbritannien einen Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte gestartet. Zudem wird in manchen Ländern die Wirtschaftskrise als Begründung für die Schwächung von Gewerkschaften vorgeschoben.